

Weiterentwicklung der militärischen Friedensförderung

Autor(en): **Rösli, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **96 (2021)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-977225>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weiterentwicklung der militärischen Friedensförderung

Die Schweiz soll sich bei ihren Einsätzen in Zukunft noch stärker mit qualitativ hochwertigen Beiträgen engagieren. Deshalb beauftragte der Bundesrat das VBS am 25. November 2020, die militärische Friedensförderung weiterzuentwickeln, und zwar basierend auf einem von verschiedenen Experten verfassten Bericht.

Bruno Rösli, Chef Verteidigungs- und Rüstungspolitik im Generalsekretariat VBS

Seit Jahrzehnten engagiert sich die Schweizer Armee im engen Verbund mit dem EDA in der internationalen Friedensförderung. Die Beiträge, welche die Armee dazu leistet, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt, wobei der personelle Umfang in Einsätzen zur Friedensförderung seit 2005 in etwa gleich hoch blieb. Weitgehend unverändert blieben seit fast 20 Jahren insbesondere die von der Schweiz selbst gesetzten nationalen Rahmenbedingungen.

Die Chefin VBS hat deshalb eine Expertengruppe beauftragt, eine Analyse der Rahmenbedingungen für militärische Friedensförderung vorzunehmen und Vorschläge zu machen, wie künftige Beiträge der Schweiz zu gestalten wären, damit diese sowohl den eigenen Interessen und Fähigkeiten wie auch dem internationalen Bedarf entsprechen.

Es wurden ebenfalls Expertinnen und Experten von ausserhalb der Bundesverwaltung einbezogen. Der Bericht zeigt, dass auch weit entfernte bewaffnete Konflikte die Sicherheit und das Wohlergehen der Schweiz schnell und massiv beeinträchtigen können.

Moderne Friedensoperationen

Die meisten Friedensoperationen finden heute in schwelenden bewaffneten Konflikten innerhalb eines Staates statt, mit bewaffneten Gruppen, die gegen den Staat oder gegeneinander kämpfen. Die EU und die NATO fokussieren zunehmend dar-

auf, instabile Staaten zum Kampf gegen den Terrorismus zu befähigen. Auch die UNO hat neue Konzepte und stellt neue Anforderungen an die truppenstellenden Staaten.

Der Schutz der Zivilbevölkerung ist ins Zentrum von UNO-Peacekeeping gerückt. Viele Staaten können der UNO Infanterieverbände anbieten.

Von westlichen Staaten werden in erster Linie personell beschränkte, aber besonders hochwertige Leistungen gefragt, die qualifiziertes Personal erfordern und die Voraussetzungen für die Wirksamkeit

der gesamten Friedenstruppe schaffen. Obwohl die Schweiz ihr Augenmerk bereits in den vergangenen Jahren auf umfangmässig begrenzte, aber hochwertige Leistungen gelegt hat, öffnet sich eine Schere zwischen dem geografischen Fokus, dem schweizerischen Angebot und der internationalen Nachfrage.

Die Gründe liegen auch in den seit fast 20 Jahren unveränderten nationalen Rahmenbedingungen für die Beteiligung an der militärischen Friedensförderung.

Will die Schweiz ihr Engagement weiterentwickeln und langfristig relevante militärische Beiträge zu Frieden und Stabilität leisten, so muss sie ihr Angebot anpassen. Der geografische Fokus soll erweitert und tendenziell stärker auf Afrika gelegt werden zumal Konflikte in Afrika ein hohes Potenzial haben, die Sicherheit Europas und auch der Schweiz zu beeinträchtigen.

Acht Empfehlungen

Der Bericht umfasst acht Empfehlungen, wie die Weiterentwicklung der militäri-



Die Schweizer Armee soll sich in Zukunft noch stärker mit Beiträgen von besonderer Qualität an friedensfördernden Missionen beteiligen. Spezielles Interesse hat die UNO an schweizerischen Stabsoffizieren, da diese in der Regel im englisch- wie auch im französischsprachigen Einsatzumfeld arbeiten können.

schen Friedensförderung umgesetzt werden könnte.

1. Mit der Ausrichtung auf hochwertige Beiträge steigt der Bedarf an spezialisiertem Personal, das nur knapp vorhanden ist. Dank flexibleren Anstellungsbedingungen sollen neu zusätzliche Spezialistinnen und Spezialisten für besondere Funktionen gewonnen werden.

2. Trotz bereits hohem Schweizer Frauenanteil in der EUFOR und SWISCOY fehlen weibliche Offiziere als Militärbeobachter und für andere UNO-Funktionen. Frauen sollen die Möglichkeit erhalten, mit regulärer militärischer Ausbildung Offizier zu werden, anschliessend mehrere Einsätze in der militärischen Friedensförderung zu leisten, aber ohne die Verpflichtung, nachher militärisch eingeteilt zu werden.

3. Die Kompetenz zur Entsendung von bewaffneten Einzelpersonen soll vom Parlament an den Bundesrat übertragen werden.

4. Die Schweiz soll Truppenverbände ins UNO-Bereitschaftssystem einmelden. Solche würden die Handlungsmöglichkeiten der Schweiz für die Teilnahme an künftigen UNO-Einsätzen erweitern, ohne Verpflichtungen einzugehen.

5. und 6. Die Schweiz soll sich mit Drohnen und leistungsfähigen Transporthelikoptern engagieren.

7. Friedenspolitische Aktivitäten des EDA sowie internationaler oder regionaler Organisationen sollen auch ohne explizites UNO- oder OSZE-Mandat mit unbewaffneter militärischer Expertise punktuell unterstützt werden können.

8. Die EU führt eigene militärische Trainingsmissionen, in der Regel ohne explizites UNO-Mandat. Es wird deshalb geprüft, ob und wie die Schweiz an solchen innerhalb der geltenden rechtlichen Bestimmungen des Militärgesetzes trotzdem teilnehmen könnte.

Weiterhin wird gelten: Es braucht generell ein UNO- oder OSZE-Mandat und das Parlament entscheidet über die Entsendung von bewaffneten Kontingenten. Das Verbot der Teilnahme an Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung wird beibehalten und die Beteiligung an friedensfördernden Einsätzen bleibt freiwillig.

Der Bundesrat hat dem VBS den Auftrag erteilt, die Empfehlungen umzuset-



Minen stellen in vielen Einsatzgebieten nach wie vor ein Problem dar, weshalb Expertinnen und Experten in den Bereichen Logistik, IT und Sicherheit besonders gesucht sind. Ihr wertvolles Fachwissen kann in den unterschiedlichen Missionen gewinnbringend eingesetzt werden.



Weiterhin wird gelten: Es braucht generell ein UNO- oder OSZE-Mandat und das Parlament entscheidet über die Entsendung von bewaffneten Kontingenten.

zen. Das wird einige Zeit beanspruchen, denn es erfordert die Anpassung des Militärgesetzes sowie erstmals die Beschaffung

von Grosssystemen für die Friedensförderung. Die Voraussetzungen sind geschaffen, jetzt geht es an die Umsetzung. 